



Medienmitteilung vom 16. September 2020

Ja zum Jagdgesetz ist dringend erforderlich!

Die neuesten Umfrageergebnisse zeigen, dass es bei der Abstimmung zum Jagdgesetz extrem knapp wird. Die CVP Graubünden ruft deshalb dringend dazu auf, abstimmen zu gehen und ein Ja für das neue Jagdgesetz in die Urne zu legen.

Die Umfrage des Forschungsinstituts gfs.bern hat ergeben, dass die Abstimmungen am 27. September grossmehrheitlich im Sinne der CVP Graubünden ausfallen werden. Besorgt zeigt sich die CVP Graubünden allerdings darüber, dass die Teilrevision des Jagdgesetzes auf der Kippe steht. Waren bei der letzten Umfrage noch über 50% der Befragten für ein Ja, sind es jetzt noch 46%. Die CVP Graubünden ruft deshalb alle Stimmberechtigten dringend auf, abstimmen zu gehen und ein Ja für das Jagdgesetz in die Urne zu legen. Anlässlich der Delegiertenversammlung wurde einstimmig die Ja-Parole beschlossen und CVP-Ständerat Stefan Engler hielt fest, dass der Artenschutz durch das neue Jagdgesetz sogar gewinne: Neu ist es nicht mehr der Bundesrat, der geschützte Arten für jagdbar erklären kann, sondern das Parlament. Er zeigte auch auf, dass jagdbare Arten wie der Rothirsch nicht ausgerottet worden sind, sondern eine massvolle Entwicklung gesteuert wurde, und wie rasant sich die Wolfspopulation in Graubünden entwickelt hat. Mittlerweile leben über 50 Wölfe im Kanton Graubünden, was zu immer mehr Konflikten mit Landwirtschaft, Tourismus und Bevölkerung führt. Aus diesem Grund hat auch CVP-Präsident und Grossrat Kevin Brunold einen Auftrag im Grossen Rat eingereicht, wonach sich die Regierung dafür einsetzen sollte, bei der Bundesverwaltung darauf hinzuwirken, dass die Interessen von Landwirtschaft, Tourismus und Schutz der Bevölkerung bei der Wolfsthematik genügend berücksichtigt werden. Die Regierung ist bereit, den Auftrag entgegenzunehmen. Er wird in der Oktobersession 2020 behandelt.

Damit die Kantone wieder mehr Kompetenzen bei der Regulierung der Wölfe erhalten, ist die Teilrevision des Jagdgesetzes dringend erforderlich. So hielt Stefan Engler anlässlich der Delegiertenversammlung fest, dass bereits erste Alpen nicht mehr bestossen oder vorzeitig entladen werden, weil ein effektiver Herdenschutz bei einer so grossen Anzahl Wölfe nicht mehr gewährleistet werden kann, und einige Landwirte würden bereits dem Bettel hinwerfen. So kann es nicht weitergehen, weshalb es unbedingt ein Ja zum Jagdgesetz braucht.

Erfreut nimmt die CVP Graubünden zu Kenntnis, dass sich bei der Beschaffung von neuen Kampfjets ein Ja abzeichnet: Nationalrat Martin Candinas hielt an der Delegiertenversammlung der CVP Graubünden fest, dass es ohne Sicherheit keine Freiheit und keinen Wohlstand gebe. Mit 67 zu 3 Stimmen fassten die Delegierten die Ja-Parole. Ein Ja von Seiten des Vorstandes gab es auch zum Vaterschaftsurlaub und zu den Kinderabzügen. Für die CVP Graubünden ist klar, dass Familien finanziell entlastet werden müssen. Insbesondere der Mittelstand leidet unter immer grösseren

Belastungen, weshalb es auch ein Ja zu den Kinderabzügen braucht! Mit Genugtuung nimmt die CVP Graubünden schliesslich zur Kenntnis, dass sich ein Nein zur Initiative gegen die Personenfreizügigkeit abzeichnet. Wie Alessandro Della Vedova an der Delegiertenversammlung sagte, ist der EU-Binnenmarkt für die Schweiz von grösster Bedeutung, gehen doch rund 50% der Exporte in den EU-Raum. Mit der Annahme der Kündigungsinitiative würden auch die anderen bilateralen Verträge dahinfallen und der Zugang zum EU-Markt wäre nicht mehr gewährleistet, weshalb die Delegierten klar die Nein-Parole beschlossen haben.

Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Kevin Brunold, Parteipräsident und Grossrat, Tel. 078 847 62 68

Reto Cramer, Grossrat, Tel. 079 727 15 68